

Sehr geehrte Gemeinderatsmitglieder,

liebe anwesende Ortsratsmitglieder der Gemeinde Adelebsen

Dieser Antrag will den Anschein erwecken, dass die Gemeinde Adelebsen vor einiger Zeit angesichts der großen und auch unserer Ansicht nach unaufschiebbaren Aufgabe der Energiewende den Beschluss gefasst hat, ihren Beitrag in Form sehr großer Photovoltaik-Anlagen zu leisten. Nach dieser Beschlussfassung hätte man nach geeigneten Flächen gesucht, wo diese nicht stören und die umliegende Natur sogar aufwerten. Und dann hat sich zufällig ein Investor gefunden, der diese Anlagen bauen und vierzig Jahre lang betreiben und mit Schäfchen beweiden will. Nichts davon ist wahr.

Ich möchte eines vorausschicken. Niemand von unserer Bürgerinitiative bestreitet den Klimawandel. Die Energiewende muss kommen, hier, im ganzen Land und jetzt, damit wir unseren Kindern eine lebenswerte Umwelt hinterlassen. Und bevor jetzt wieder jemand mit dem Satz kommt „ja, ja, bloß nicht vor der eigenen Haustür“, sehen wir uns doch die Situation vor der eigenen Haustür an:

Die Gemeinde Adelebsen verfügt derzeit über Solaranlagen, die einen Ertrag von mehr als 15 GWh pro Jahr bringen, vom kleinen Balkonkraftwerk bis zur großen Solaranlage von Adelebsen, die wir ja bereits haben. Wohlgemerkt, die meisten dieser Anlagen sind **von uns Bürgern privat** finanziert, Firmen und Geschäftsinhaber haben investiert, Landwirte nutzen ihre **riesigen** Scheunendächer oder haben sie zur Nutzung zur Verfügung gestellt.

Dazu kommen noch gut 7 GWh aus Windkraft und Biomasse. **Insgesamt sind das also 22 GWh!** Vor unserer eigenen Haustür! Sollte das nicht reichen als Beitrag eines kleinen Flecken zur großen nationalen Aufgabe?

Möchten Sie wissen, wieviel Strom in Adelebsen verbraucht wird? Leider bekommt man dazu keine aktuellen Daten. Im Jahr 2020 wurden knapp 16 GWh verbraucht. Dieser Verbrauch ist mit Sicherheit gestiegen mit dem Einbau von Wärmepumpen, der Anschaffung von E-Autos usw. **Aber mit Sicherheit nicht auf 22 GWh!**

Aufgabe der Verwaltung wäre es doch zu ergründen, wie groß das Potential auf den verbleibenden Dächern, Parkplätzen, und Gewerbeflächen noch ist. Was ist mit Dächern auf gemeindeeigenen Gebäuden? Ein schneller Blick auf's Satellitenbild zeigt, dass es noch viele ungenutzte Dächer gibt. Und eine **kleine**

Bemerkung am Rande: Auf den riesigen Dächern eines Reiterhofs in Adelebsen ist **nicht eine einzige** PV-Anlage zu sehen.

Wir wollen unseren Teil beitragen, aber dieser muss fair sein und der Prozess dahin transparent und von den Bürgern mitgetragen werden. Dieser Prozess muss mit einem verbindlichen Kriterienkatalog zur Beurteilung aller Flächen beginnen. Danach muss man mit den Bürgern ins Gespräch kommen, mit Landwirten und anderen Grundeigentümern und dabei auch beispielsweise Energiegenossenschaften diskutieren, bei der nicht nur eine einzelne Person profitiert .

Was es stattdessen gibt, ist ein ortsbekannter Großgrundbesitzer, der auf der Suche nach neuen Einnahmequellen für sich und seine Familienstiftung ist. Und es gibt einen ausländischen Atomkonzern. Der sitzt nicht nur auf einem gigantischen Schuldenberg, er hat auch noch ein anderes großes Problem: Immer wenn im Sommer die Sonne scheint und es heiß wird, muss er seine Atomkraftwerke in Frankreich abschalten, weil sie sonst mit ihrem Kühlwasser die Fische in den Flüssen kochen würden. Der Großgrundbesitzer und der Atomkonzern haben sich zusammengetan und planen zwei riesige Photovoltaikanlagen in unmittelbarer Nähe von Güntersen und Eberhausen **sowie** zwischen Lödingsen, Wibbecke und Adelebsen. Die Verwaltung (oder vielleicht auch die Investoren?) haben ihren Antragsunterlagen eine sogenannte Standortalternativenprüfung beigelegt, bei der **zufällig diese Flächen** im Eigentum des Großgrundbesitzers und seiner Stiftung als am besten geeignete Flächen herausgekommen sind.

Sehen wir uns die Planung zwischen Güntersen und Eberhausen an. Schon der Titel ist ein Hohn, um nicht zu sagen eine Lüge: Solar**park** Güntersen. Wer dabei an eine sonnendurchflutete Grünanlage denkt, liegt leider völlig falsch. Geplant sind abertausende schwarze Photovoltaik-Module auf Metall-Gestellen von mehr als 3 m Höhe, umgeben von hohen Zäunen. Beiderseits des Weges nach Eberhausen sollen sich diese glänzenden und spiegelnden Module erstrecken. Man wäre versucht zu sagen „soweit das Auge reicht“. Aber das wäre falsch, denn wenn man diesen Weg gehen wird, sieht man nichts mehr, da man gar nicht **über** die mehr als **3 m hohen** Module schauen kann. Insgesamt werden mehr als 117.000 Module auf einer Fläche von 57 ha **allein in Güntersen** verbaut, das entspricht der Gesamtfläche des Dorfes. Zehn Transformatoren-

Stationen sorgen mit ihren Lüftern für Dauerlärm. Wie zum **Hohn** versprechen die Investoren, die Zäune würden in Gestalt und Farbe der Landschaft angepasst. Stellen Sie sich so einen Park vor?

Bei einem großen Teil der beplanten Fläche handelt es sich um sehr gute Böden mit einer Punktezahl **von bis zu 70!** In der sogenannten Standortalternativenprüfung wurden Flächen **mit mehr als 60 Bodenpunkten** aber angeblich gleich im ersten Schritt ausgeschlossen. Seltsam, oder? Angesichts des Klimawandels, der Krisen in der Welt und zunehmender Unsicherheiten werden wir diese Böden zur Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung benötigen. Auch das ist bereits breiter Konsens in der Politik!

Wie es sich für ein solches Verfahren gehört, haben die Investoren ein ausführliches Umweltgutachten anfertigen lassen. Dabei wurden die Auswirkungen der geplanten Anlagen auf Tier und Pflanzenwelt, Vögel, Libellen und Fledermäuse und so weiter untersucht. Man muss sich das eigentlich gar nicht alles durchlesen, denn die Argumentation ist überall die gleiche: Weil der Eigentümer auf den Flächen seit Jahrzehnten intensive Landwirtschaft betrieben hat, weil es auf den großen Feldern keine Bäume und keine Hecken gibt, kann es für die Natur nur besser werden. Wenn kein Gift und kein Dünger mehr ausgebracht werden, wird auch die umliegende Natur profitieren, so die Logik des Gutachtens.

Wer in dem Umweltgutachten und den sonstigen Planungsunterlagen **nicht** vorkommt, sind die **Einwohner von Güntersen und Eberhausen**. Viele von ihnen nutzen die Landschaft zwischen den beiden Dörfern nicht nur, um zu Fuß oder per Rad von einem Dorf zum anderen zu kommen, sondern als Freizeit- und Erholungsfläche. Um am Sonntag oder nach Feierabend einen Spaziergang zu machen, zu joggen, oder mit ihren Hunden Gassi zu gehen. Diese Menschen spielen in der Planung **überhaupt keine Rolle**. Dies wird am deutlichsten im Abschnitt zum Landschaftsbild. Dort wird anhand einer Karte sehr schön dargestellt, dass **genau hier** die landschaftlich wertvollsten Bereiche von Güntersen liegen - der Lamfertbach, das Flora-und Fauna-Schutzgebiet Auschnippe, der Backenberg und der Blick auf die Grefenburg. Laut Gutachten spielt es keine Rolle, dass die Fläche zwischen diesen "sehr hoch bewerteten" Landschaftselementen mit drei Meter hohen technischen Anlagen und hohen Zäunen zugebaut werden. Die Planer kommen scheinbar nicht einmal auf die Idee, dass hier jemand spazieren gehen könnte. Dass man riesige schwarze Plastikflächen sieht, wenn man vom Backenberg herunterschaut. Und dass man umgekehrt diese besonderen Vulkanberge hinter den Modulen nicht mehr

sieht, weil man gar nicht über sie hinwegsehen kann. Schließlich haben die zugebauten Ackerflächen keinen landschaftlichen Wert, und die Urlauber vom Campingplatz Niemetal sollen sich doch bitteschön andere Wege für ihre Wanderungen oder Fahrradtouren suchen.

Wir als Bürgerinitiative stehen dafür, dass es **dazu** nicht kommt. Wir geben den Einwohnern von Güntersen eine Stimme. Wir haben uns tatsächlich die Mühe gemacht und sind von Haus zu Haus gegangen. Wir haben mit vielen, vielen Bürgern gesprochen. Das waren gute und wertvolle Gespräche. Fast alle Einwohner sind von der Notwendigkeit der Energiewende überzeugt und wollen ihren Beitrag leisten. Manch einer ist hin- und hergerissen. Mehr als einmal haben wir gehört "irgendwo muss der Strom ja herkommen". Wir sind keine Gegner der Energiewende, was ich anfangs bereits mit Zahlen verdeutlicht habe. Aber wir wehren uns dagegen, dass unsere Dörfer mit Windkraft- und Photovoltaikanlagen **über alle Maßen** belastet werden. Und darin sind wir uns mit den Bürgern Güntersens einig. Von 306 befragten Personen, das sind 65 % der Wahlberechtigten von Güntersen, waren nur 12 dafür, 32 Personen waren noch unentschlossen **und beeindruckende 262 Bürger** lehnen das Projekt klar ab. 262, **das sind 85 % der befragten Bürger**, die sich dagegen aussprechen.

Liebe Mitglieder des Rates, auf unsere Einladung hin haben viele von Ihnen mit uns einen kleinen Spaziergang über einen Teil der Projektfläche gemacht. Vielen Dank, dass Sie da waren! Sie konnten sich davon überzeugen, wie schön die Landschaft ist, die hier mit einer großtechnischen Anlage zugebaut werden soll. Ich glaube, es ist fair zu sagen, dass Sie alle erstaunt und vielleicht auch ein wenig erschrocken waren, wie riesig die geplante Anlage werden soll.

Einige von Ihnen haben uns gefragt, ob man nicht einen **Kompromiss** finden könnte, indem man die Flächen reduziert. Das halten wir für **sehr gefährlich**. Ein wichtiger und teurer Teil der Anlage wäre die Stromleitung nach Göttingen, ohne die das Konzept nicht funktioniert. Wenn die erste Fläche zugebaut ist, und wenn **diese** Stromleitung erst einmal liegt, ist nicht nur die Versuchung groß, weitere Flächen anzuschließen, sondern man wird gar keine **Möglichkeit** haben, es jemandem zu verweigern, so wie dieses Genehmigungsverfahren hier derzeit läuft.

Die Landwirte von Güntersen sind gefragt worden, ob sie sich an dem Projekt mit ihren Flächen beteiligen wollen. **Alle** haben abgelehnt – **Hochachtung dafür!!** Sie beweisen damit ein hohes Maß an Verantwortung für ihr Dorf und zeigen, dass sie Landwirte sind, die ihre Äcker **bestellen** wollen.

Trotzdem, die möglichen Gewinne aus Verpachtung an den Atomkonzern werden fast zwangsläufig dazu führen, dass die Anlage wächst, bis die Dörfer komplett umzingelt sind. Ist der Anfang erst einmal gemacht, gilt das Gebiet als "vorbelastet", und jede weitere Genehmigung wird einfacher. Wenn örtliche Landwirte in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten - sei es aus persönlichen Gründen, aufgrund eines verrückten Agrarmarkts, oder nach ein paar Jahren mit schlechten Ernten - wer wollte ihnen verbieten, was man zuvor in riesigem Ausmaß dem Großgrundbesitzer quasi auf dem Silbertablett serviert hat? Warum sollte man dem einen **verwehren**, was man dem anderen einfach so, ohne Ausschreibung oder Wettbewerb **geschenkt** hat? Auf das juristische Prinzip des Gleichbehandlungsgrundsatzes wurde vorhin ja schon eingegangen.

Darin liegt das eigentliche Risiko dieser Planung: ist erst einmal ein Anfang gemacht, und genug Geld im Spiel, kann niemand verhindern, dass es in ein paar Jahren rund um unsere Dörfer ein schwarzes Plastikmeer gibt.

Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich auszumalen, wie in dieser Version das Ende der Geschichte und die Zukunft unserer Dörfer lautet:

Und wenn sie nicht gestorben sind, dann leben sie woanders.

Junge Familien werden ihr Glück an anderen Orten suchen. Niemand wird auf die Idee kommen, die neuen Möglichkeiten der Telearbeit von Güntersen aus zu nutzen - dafür zieht man nicht in eine Gegend, die mit Technik und Zäunen zugestampft ist. Lassen Sie uns den Tourismus in dieser schönen Landschaft fördern. Einen Anfang hat man vor Jahren gemacht. Wander- und Fahrradwege wurden ausgewiesen, der Naturpark Münden wurde ins Leben gerufen, dessen nordöstlichen Teil wir hier bilden. Das Projekt „Dorf mit Zukunft“ war ein großer Erfolg. Güntersen ist ein lebendiges Dorf mit einem breiten Sportangebot, den Theatermachern, Chor, die Kirche öffnet sich für kulturelle Veranstaltungen und vieles mehr. **Alles für die Katz?**

Gerade hat Langenhagen bei Duderstadt eine ähnlich große Anlage am Dorfrand gestoppt. **Es geht also.** Unsere dringende Bitte an die geschätzten Mitglieder des Bauausschusses: Beenden Sie hier und heute diesen Prozess. Empfehlen Sie dem Gemeinderat, das Verfahren einzustellen, ohne wenn und aber und ohne Kompromiss.

Danke, dass Sie den Bürgern zugehört haben.